

EU gelingt Deal zu Sanktionsinstrument gegen Marktabschottung

Unternehmen aus der EU könnten künftig leichter öffentliche Aufträge in Ländern bekommen, die ausländische Bewerber bisher diskriminieren

DPA

BRÜSSEL. Die EU-Staaten und das Europaparlament haben sich am Montag auf ein neues handelspolitisches Sanktionswerkzeug geeinigt. Mit dem sogenannten Instrument für das internationale Beschaffungswesen sollen Staaten bestraft werden können, die europäische Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen diskriminieren. Es soll nach Hoffnung der EU dafür sorgen, dass andere Länder ihre Märkte für europäische Unternehmen öffnen.

«Zukünftig können Angebote aus Drittstaaten bei öffentlichen Vergabeverfahren in der EU ent-

weder mit einem Preisaufschlag versehen oder gänzlich von einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden», teilte der an den Verhandlungen beteiligte Europaabgeordnete Daniel Caspary am Montagabend mit.

Der CDU-Politiker betonte, dass dies nur gelte, wenn sich der entsprechende Drittstaat weigere, seinen öffentlichen Beschaffungsmarkt für EU-Anbieter so weit zu öffnen, wie es in der EU der Fall sei. Das neue Instrument sei ein wichtiger Türöffner für europäische Unternehmen. Auch der SPD-Abgeordnete Bernd Lange sagte: «Wir wollen den europäischen Markt nicht abschotten, sondern vielmehr eine Gleichbehandlung unserer Unternehmen im Ausland sicherstellen.»

Das bereits seit 2012 diskutierte Instrument wurde vor allem mit Blick auf Chinas Politik hin konzipiert, könnte aber auch gegen die USA zum Einsatz kommen. «Ne-



Der französische Finanzminister Bruno Le Maire und die spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calviño. EFE

ben China wird auch in den USA das öffentliche Beschaffungswesen als legitimes Werkzeug angesehen, die heimische Industrie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen», erklärte das EU-Parlament.

Unternehmen aus diesen Ländern können hingegen bislang recht frei in der EU auf diesem Markt agieren. Nach Angaben von Caspary würden Unternehmen etwa aus China mit künstlich ver-

billigten Angeboten prestigeträchtige Aufträge in der EU an Land ziehen. Als Beispiele nannte er den U-Bahn-Tunnel in Stockholm oder die Peljesac-Brücke in Kroatien. Die EU-Kommission betonte, dass es aber auch zum Beispiel um den Kauf von Computern gehen kann. Ihren Angaben zufolge kaufen öffentliche Stellen in der Union für rund zwei Billionen Euro jährlich Waren und Dienstleistungen.

Schwierig waren die Verhandlungen unter anderem deswegen, weil Mitgliedstaaten durch die ursprünglichen Vorschläge einen unzumutbaren Mehraufwand und Rechtsunsicherheit für Auftraggeber in der EU befürchteten. An vielen Details wurde deswegen lange gefeilt.

Die Einigung muss nun noch vom EU-Ministerrat und vom Plenum des EU-Parlaments bestätigt werden. Dies gilt als Formalie.

NOWINTA-MARKTBERICHT

Der Krieg verunsichert die Aktienmärkte

MARBELLA

Die nowinta Finanzgruppe mit Sitz in Aalen (Baden-Württemberg) ist seit mehr als 30 Jahren Garant für unabhängige Finanzberatung und individuelle Vermögensverwaltung. Der Geschäftsführer der nowinta Spanien, Tobias Heyden, kommentiert in dieser Zeitung die Entwicklungen der Finanzmärkte und wirtschaftspolitische Fragestellungen.

Waren es in der Anfangsphase des neuen Jahres vor allem die hohen Inflationsraten und die Angst vor steigenden Zinsen, welche die Börsen belasteten, so ist es zurzeit der Krieg. Die militärische Eskalation nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine und die damit zusammenhängende humanitäre Katastrophe sorgt naturgemäß für große Nervosität.

Seit Jahresbeginn haben beispielsweise der Deutsche Aktienindex rund 14 Prozent und der amerikanische S&P Index rund 10 Prozent an Wert verloren. Gold hat indes rund acht Prozent gewonnen und wird seinem Ruf als sicherer Hafen in Krisenzeiten gerecht. Eine der Nowinta Anlagestrategien mit 65 Prozent Aktien, 5 Prozent Gold und 30 Prozent An-

leihen verzeichnete dank der sehr breiten und globalen Diversifikation einen Verlust zum 11.03.2022 in Höhe von -5,42 Prozent. Dazu sei angemerkt, dass die meisten Strategien im Jahr davor zweistellige Renditen verzeichnet haben.

Wie sollten Anleger handeln?

Was sollen Privatanleger machen, wenn ein kurzfristiges Ereignis wie der Ukrainekrieg innerhalb 10 Tagen die geltenden Bedingungen an den Finanzmärkten auf den Kopf stellt? Die Strategen in Bankenetagen arbeiten mit diversen Szenarien: Die Nato greift in den Konflikt ein, der Konflikt bleibt auf die Ukraine beschränkt oder es gibt ein baldiges Übereinkommen und die russische Armee zieht sich zurück. Diese Szenarien werden mit Wahrscheinlichkeiten versehen, was dem Anleger wenig nützt, denn wir wissen nicht, was kommen wird.

Die Geschichte lehrt, dass Kurseinbrüche aufgrund politischer Ereignisse in der Vergangenheit stets von kurzer Dauer waren und sobald eine Stabilisierung der Situation in welcher Form auch immer kommt, erholen

sich die Märkte. Anleger sollten eine langfristige Anlagestrategie verfolgen und nicht die Nerven verlieren. Denn wenn man in einem fallenden Markt verkauft, verpasst man im Normalfall den richtigen Wiedereinstieg und realisiert die Verluste. Oft erfolgt eine Erholung (siehe Corona) nach einem Einbruch sehr schnell. Bei Korrekturen sollte man sogar Aktien nachkaufen.

Problematisch sind die Preissteigerungen bei Erdöl, Erdgas und den landwirtschaftlichen Gütern. Diese Preissteigerungen lassen für Europa eine Rezession erwarten, denn die Abhängigkeit ist extrem hoch. China und USA werden sich wohl der Entwicklung entziehen können. Deshalb auch hier wieder, internationale Diversifikation ist das A und O der Anlagestrategie. Die Nowinta-Anlagestrategie investiert global und diversifiziert ohne Klumpenrisiken in einzelnen Ländern oder Regionen. Im Falle von Korrekturen wie im März 2020 (Corona) oder in der aktuellen Krise wird die Aktienquote antizyklisch erhöht. Das Risiko wird durch einen gewissen Anleihen-Anteil und nach einem ausgeklügelten Risikomanagement-System gesteuert.

Zentralbanken sorgen für Unruhe

Als hätte man mit der Ukraine-Krise nicht genug Sorgen, belasten auch die geplanten Zinserhöhungen der US-Zentralbank, welche der jahrelangen Geldschwemme an den Börsen ein Ende bereiten sollen. Diese beiden Themen wirken sich wechselseitig auf die Stimmung der Investoren aus.

Meines Erachtens wird die Zinswende weniger stark ausfallen, als momentan vielerorts prognostiziert wird. Denn weder die hochverschuldeten Staaten noch stark verschuldete private Unternehmen würden einen zu starken Anstieg der Zinsen verkraften und es gäbe negative Auswirkungen auf die Stabilität der Wirtschaft und somit auch auf die Finanzmärkte. Außerdem scheint es so zu sein, dass die Staaten höhere Inflationsraten in Kauf nehmen, um Ihre Schulden durch Finanzrepression abzubauen.

Aus Sicht der Anleger bleibt entscheidend, dass die Zentralbanken weniger stark auf die momentane erhöhte Inflation reagieren, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen wäre, so dass die Realzinsen (Nominalzinsen minus Inflation) extrem

niedrig bzw. negativ bleiben. Dies bedeutet, dass der Ausblick für Investitionen in Realwerte wie Aktien, Gold und Immobilien trotz Gegenwind positiv bleibt. Denn bei negativen Realzinsen findet eine schleichende Entwertung der Sparer statt. Beispielsweise bei einem Zinssatz in der Höhe von minus 0,5 Prozent und einer Inflation von 4 Prozent beträgt der Kaufkraftverlust des Geldes 4,5 Prozent im Jahr.

Gerne stehe ich Ihnen für Gespräche oder Anregungen wie gewohnt in unserer Repräsentanz in Marbella zur Verfügung. Aktuelle Informationen zu unserem Unternehmen und den Entwicklungen an den Märkten finden Sie in unserem News-Blog auf der Webseite nowinta.es und auf unserer Facebook-Seite 'nowinta Spanien'.



von Tobias Heyden

NOWINTA INVESTMENT GROUP

Urb. Guadalmina Alta
Calle 19b, Edf. Banús,
Portal II bajo, 29670 Marbella
Tel: +34 951 965 333
E-Mail: t.heyden@nowinta.es
Web: www.nowinta.es
Facebook: Nowinta Spanien